

Neue Rhein Zeitung vom 05.12.2014, S. 5 CDU fordert gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen

Unterbringung in zentralen Einrichtungen
und höhere Pauschalzahlungen

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Immer mehr minderjährige Flüchtlinge kommen ohne Eltern nach NRW. 2013 wurden bereits 1519 unbegleitete Kinder in NRW aufgenommen – 2014 wird mit einem weiteren deutlichen Anstieg gerechnet. CDU-Innenexperte Andre Kuper forderte eine gerechte Verteilung der Flüchtlingskinder auf die Gemeinden. Im Vorjahr wurden allein 1300 Inob-

hutnahmen unbegleiteter Kinder in Köln (559), Dortmund (312), Düsseldorf (236), Aachen (127) und Kempen (67) vorgenommen. Bisher bleiben die Kinder an dem Ort, an dem sie von der Bundespolizei aufgegriffen wurden. Nach dem Willen der CDU sollen sie vor dem Erstaufnahmeverfahren künftig in benachbarte Kommunen mit freien Plätzen verlegt werden.

Der Bund hat NRW zur Entlastung der Kommunen 120 Millionen Euro im Jahr zusätzlich für Flüchtlinge zugesagt. Gleichzeitig hatte die rot-grüne Landesregierung auf dem Flüchtlingsgipfel Mitte November die Zuschüsse an Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen für 2015 um 40 Millionen auf 183 Millionen Euro angehoben. Ein an-



Ein Flüchtling bei der Ankunft in Burbach (Siegerland).

FOTO: DPA

gekündigter Härtefonds für die Erstattung von Gesundheitskosten in Höhe von drei Millionen Euro für Fälle ab 70 000 Euro Krankheitskosten pro Einzelfall reicht aus Kopers Sicht aber nicht aus. So kostete die Behandlung eines Flüchtlings an der „Eisernen Lunge“ in Bergisch-Gladbach 70 000 Euro im Monat. Essen zahlt für drei schwere Krankheitsfälle zusammen 440 000 Euro im Jahr. Die CDU forderte

eine Aufstockung des Härtefonds auf fünf Millionen Euro.

CDU-Experte Ralf Nettelstroth kritisierte, dass NRW die Pauschale für Flüchtlinge auf Basis der Zahlen vom Vorjahr auszahlt. Dies führe 2014 angesichts der um 10 000 Personen gestiegenen Flüchtlingszahlen dazu, dass die Städte statt 175 Millionen nur 115 Millionen Euro erhalten. Zudem erstattet NRW nur 22 Prozent der Kosten für Unterbringung und Versorgung – Bayern übernimmt alle Kosten für Flüchtlinge. Die CDU-Opposition drängt darauf, Flüchtlinge nach einem Gesundheitscheck und der Klärung des Status' möglichst nach drei Monaten Aufenthalt in einer zentralen Einrichtung auf die Kommunen zu verteilen. NRZ